Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 117 — **Dienstag, den 7. Oktober 1930** — **32. Jahrg.**

Steuern.

Die für den Monat **Oktober** fälligen **Grundvermögensteuern** (Grund- und Gebäudesteuern), der **staatliche Zuschlag** für den bebauten Besitz, die **Hauszins-** und **Stadtsteuern, Handwerkskammerbeiträge für 1929,** sowie die noch **restlichen Landwirtschaftskammerbeiträge für 1930** sind bis **Donnerstag,** den **16. Oktober,** bei unserer Kämmerei einzuzahlen.

Für alle nach dem **16. Oktober** eingehenden Beträge müssen **10 v. H. Verzugszinsen** erhoben werden.

Kemberg, den 6. Oktober 1930.

154| **Der Magistrat.**

Die Kanzlerbesprechungen.

Die Fraktionen vor der Entscheidung. — Was wird bei einem Mißtrauensvotum? — Vorlegung des Etats schon Mitte Oktober. — Zunehmender Optimismus.

Der Reichskanzler hat seine Besprechungen mit den Vertretern der Parteien fortgesetzt, und zwar empfing er zunächst Dr. Cereke und Doebrich für die Landvolkpartei, dann für die Staatspartei Dr. August Weber und Staatssekretär a. D. Oskar Meyer. Morgen werden sich die Besprechungen mit Dr. Scholz und voraussichtlich auch mit Geheimrat Hugenberg und Dr. Frick anschließen. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, verweisen die Parteiführer darauf, daß sie natürlich ihre Fraktionen befragen müßten, die fast alle in den nächsten Tagen zusammentreten, so daß sich bis zum Beginn des Reichstages am übernächsten Montag ein Ueberblick über die Haltung der Parteien gewinnen lassen wird.

Der Kanzler hat jedenfalls nicht die Absicht, die Dinge allzu lange hinzuziehen, zumal es in der Natur des Sanierungsprogrammes liegt, daß sobald wie möglich Klarheit geschaffen werden muß. Das ist auch deshalb notwendig, weil sicher damit gerechnet wird, daß die Kommunisten gleich in der ersten Sitzung des Reichstages ein Mißtrauensvotum einbringen, über das geschäftsordnungsmäßig am folgenden Tage beraten bzw. abgestimmt werden müßte.

In politischen Kreisen glaubt man nicht, daß die Sozialdemokraten ein solches Mißtrauensvotum unterstützen würden, rechnet vielmehr mit der Möglichkeit der Annahme eines Gegenantrages, über alle anderen Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Auch in der Sozialdemokratie ist man sich des Ernstes der Verantwortung bewußt, die die gegenwärtige Notlage des Reiches allen staatserhaltenden Kräften auferlegt. Deshalb hofft man ferner, daß die Sozialdemokraten dem Kabinett die Ermächtigung für den Ueberbrückungskredit nicht verweigern werden, die es gleich zu Beginn der Reichstagsarbeiten verlangen wird. Die Kritik der Sozialdemokraten richtet sich in erster Linie gegen andere Dinge, namentlich gegen die sozialen Punkte des Sanierungsprogramms, so zum Beispiel gegen die Maßnahmen, die auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft geplant sind.

Im ganzen muß man feststellen, daß die Aussichten der parlamentarischen Erledigung in den letzten vierundzwanzig Stunden eher optimistischer beurteilt werden. Wie weit dieser Optimismus recht behält, muß man abwarten.

Sitzung des Reichskabinetts.

Curtius' Bericht über Genf.

Berlin, 5. Oktober.

Reichsaußenminister Dr. Curtius erstattete dem Reichskabinett eingehenden Bericht über die Genfer Völkerbundsversammlung. Reichskanzler Dr. Brüning sprach dem Reichsaußenminister und der ganzen deutschen Delegation den Dank der Reichsregierung für die diesmal unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen geleistete Arbeit aus. Eine sachliche Aussprache über das erstattete Referat wird im Laufe der nächsten Woche im Reichskabinett erfolgen.

Alsdann trat das Reichskabinett in eine politische Aussprache ein, in der der Reichskanzler über seine Besprechungen mit den Parteiführern berichtete; Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Entwicklung der Lage

Nach der sozialdemokratischen Fraktionssitzung.

Berlin, 5. Oktober.

Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Parteien nähern sich ihrem Ende. Inzwischen hat bereits die Reihe der Fraktionssitzungen begonnen, so daß man in politischen Kreisen bis Mitte der kommenden Woche auf eine gewisse Klärung der Situation rechnet. Sie ist durch die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion bereits wesentlich gefördert worden.

Von unterrichteter Seite erfahren wir über die Stimmung, die in dieser Sitzung zum Ausdruck kam, daß man nicht daran denkt, gleich nach Zusammentritt des Reichstages an einem Sturz der Regierung mitzuwirken. Man geht dabei offenbar von dem Gedanken aus, daß angesichts der augenblicklichen Unmöglichkeit, eine parlamentarische Mehrheit für irgendeine andere Regierung herbeizuführen, niemand weiß, was auf eine Regierung Brüning folgen würde.

Die Sozialdemokratie wird also zwar die Aufhebung gewisser Bestimmungen der Notverordnung fordern, damit sind aber auch bereits Verhandlungsbrücken gebaut, und so wird dann die Entschließung im ganzen dahin interpretiert, daß sie die Möglichkeit zu einer Tolerierung des Kabinetts durch die Sozialdemokratie wenigstens für die erste Zeit biete.

Die Frage wird nun sein, ob die Sozialdemokratie auch damit einverstanden ist, daß der Reichstag sehr schnell wieder vertagt wird.

Der Reichstag wird nach Erledigung der geschäftsordnungsmäßigen Dinge erst an die eigentlichen Aufgaben herangehen können und dabei vor allem die Ermächtigung für den Ueberbrückungskredit und das sicher zu erwartende Mißtrauensvotum zu erledigen haben.

Wenn es dann noch gelingt, eine Einigung über die Notverordnung herbeizuführen, so würde schätzungsweise gegen Ende der ersten Parlamentswoche die Frage der Vertagung akut werden.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß auch hierüber in den Unterhaltungen des Kanzlers mit den Fraktionsführern bereits gesprochen worden ist. Es wird darauf ankommen, ob die Sozialdemokraten oder wenigstens der größte Teil ihrer Fraktion für die Vertagung zu gewinnen sind.

Schacht zum Reparationsproblem.

Nur zwei Möglichkeiten.

Neuyork, 5. Oktober.

Bei einem zu Ehren Dr. Schachts gegebenen Frühstück hielt dieser auf allgemeinen Wunsch eine Rede über die gegenwärtige allgemeine Lage, insbesondere über die Deutschlands. Besonders interessant war, wie Dr. Schacht den Ausfall des Wahlresultats psychologisch begründete. Er zählte die politischen Ungerechtigkeiten auf, die gegen Deutschland in den Nachkriegsjahren begangen worden seien und malte die Enttäuschung aus, die durch die Wiedereinführung der politischen Sanktionsklausel auf der II. Haager Konferenz eintrat.

Unter Angabe ziffernmäßiger Belege führte der ehemalige Reichsbankpräsident weiter aus, die Reparationen könnten nicht ohne schwere Beeinträchtigung des Lebensstandards der Arbeiterklasse bezahlt werden, was angesichts der großen Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Depression neuerdings auch den Arbeitern klar zu werden beginne. Mit der Fortsetzung der Anleihewirtschaft sei das Problem nicht zu lösen. Das Reparationsproblem müsse entweder durch gemeinsame Wirtschaftspolitik gelöst werden, oder es müsse aus der Welt verschwinden.

Dietrich gegen Schacht.

Im Zusammenhang mit den Erklärungen des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht in Neuyork betonte Reichsfinanzminister Dietrich gegenüber dem Berliner Vertreter der „Agence Economique et Financière", daß er Herrn Schacht gelegentlich seines Abschiedsbesuchs vor seiner Reise darauf hingewiesen habe, daß Schacht nicht die Verantwortung dafür übernehmen könne, über die Frage eines Moratoriums zu verhandeln. Die deutsche Regierung habe sich auch keineswegs mit der Amerikareise Schachts beschäftigt.

Was die Frage eines Moratoriums selbst anlange, so habe die deutsche Regierung in ihren bisherigen Beratungen niemals dieses Thema berührt. Dietrich habe in Uebereinstimmung mit seinen Kollegen den unerschütterlichen Glauben an die Notwendigkeit der Durchführung dieser Maßnahmen des Regierungsprogramms und an den gesunden Menschenverstand des deutschen Volkes und lehne es ab, überhaupt die Möglichkeit zu erwägen, daß das Programm keine Mehrheit im Reichstag finde.

Der Minister dementierte die Meldung, daß die Gewährung des Ueberbrückungskredites von der vorherigen Annahme des Brüningschen Sanierungsprogramms im Reichstag abhängig gemacht worden sei

Gehaltskürzung mit einfacher Mehrheit.

Die Rechtslage.

Berlin, 5. Oktober.

Im Hinblick auf die vorgesehene Kürzung der Beamtengehälter wird innerhalb der Reichsregierung der Standpunkt vertreten, daß diese Gehaltskürzung durch ein einfaches Gesetz vorgenommen werden kann. In dem geltenden Reichsbesoldungsgesetz findet sich die Klausel, daß die in diesem Gesetz bestimmten Bezüge durch ein (einfaches) Gesetz „geändert", d. h. herabgesetzt werden können.

Da seinerzeit das Reichsbesoldungsgesetz eine verfassungsändernde Mehrheit gefunden hat, wird man diese Klausel als rechtsgültig ansprechen müssen, auch wenn man auf dem Standpunkte steht, daß sie an sich dem Artikel 129 der Reichsverfassung, d. h. der Garantie der wohlerworbenen Rechte widerspricht, weil sie die Entstehung wohlerworbener Rechte überhaupt vereiteln will.

Diese Rechtsgültigkeit des Vorbehalts im Reichsbesoldungsgesetz wird nämlich nicht dadurch beeinträchtigt, daß die Annahme mit verfassungsändernder Mehrheit in der sogenannten Verkündungsformel des Gesetzes nicht zum Ausdruck kommt. Denn nach durchaus herrschender Auffassung ist dieser Hinweis in der Verkündungsformel des Gesetzes nicht erforderlich.

Für die Reichs- und Reichspostbeamten

ergibt sich demnach, daß eine Gehaltskürzung durch einfaches Reichsgesetz rechtlich nicht beanstandet werden kann. Stellt man sich auf den Standpunkt, daß der Artikel 48 Verordnungen mit jedem beliebigen Inhalt ganz nach Ermessen des Reichspräsidenten zuläßt, so wird man für die Reichs- und Reichspostbeamten auch die Möglichkeit einer Gehaltskürzung im Wege der Verordnung des Reichspräsidenten anerkennen müssen.

Die Rechtslage für die Reichsbahnbeamten

ist allerdings schon schwieriger, weil die Reichsbahn zwar zur Angleichung ihrer Besoldung an die Reichsbesoldungsordnung verpflichtet ist, aber natürlich nicht wie die Reichsgesetzgeber eine Verfassungsänderung vornehmen könnte, und weil infolgedessen die Klausel der Reichsbahnbesoldungsordnung, die eine jederzeitige Herabsetzung der Reichsbahnbeamtengehälter zulassen soll, in ihrer Rechtsgültigkeit schon sehr bestritten ist. Dieses Problem ergibt sich erst recht bei den

Länder- und Kommunalbeamten.

Deren Besoldungsordnungen beruhen nicht auf einen zufällig mit verfassungsändernder Mehrheit angenommenen Reichsgesetz. Sie gewähren also den Beamten wohlerworbene Rechte, die durch Artikel 129 der Reichsverfassung geschützt sind. Dabei ist sehr fraglich, ob die Klausel „jederzeitige Herabsetzung vorbehalten", die sich in den Besoldungsordnungen der meisten Länder und auch der Kommunen findet und nicht wie im Reich auf einen reichsverfassungsändernden Gesetze beruht, in den Besoldungsordnungen der Länder und Gemeinden überhaupt zulässig ist. Das Obergericht Danzig und das Oberste Landesgericht Bayerns haben diese Frage bereits verneint. Ein Urteil des Reichsgerichts liegt allerdings noch nicht vor.

Viele Reden — Kleine Erfolge.

Die Ergebnisse der gegenwärtigen Völkerbundsversammlung.

Genf, 4. Oktober.

Die jetzt kurz vor dem Abschluß stehende 11. Vollversammlung des Völkerbundes hat in diesen Tagen eine Fülle von großen politischen Verhandlungen gebracht.

Im Vordergrunde standen die Bahnschutzfrage im Saargebiet, die Memelbeschwerde, die große Aussprache über die Abrüstungs- und Minderheitenpolitik des Völkerbundes, die oberschlesischen Minderheitenbeschwerden, die paneuropäische Frage, die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bekämpfung der Agrarkreise und die Mandatsfragen und die Reform des Völkerbundssekretariats. In der Saarfrage ist ein Teilerfolg erzielt worden. Zu den dringlichen Forderungen des Memelgebietes hat die litauische Regierung Zusicherungen abgegeben, deren Erfolg noch aussteht.

In einigen oberschlesischen Minderheitsfragen ist eine Einigung mit der polnischen Regierung zustande gekommen. Die Hauptbeschwerde des Deutschtums in Polen wegen der Enteignung des deutschen Grundbesitzes mußte jedoch infolge der Taktik der polnischen Regierung wiederum verschoben werden.

Auf dem Gebiete der Abrüstung ist kein Fortschritt erzielt worden. Frankreich hat von neuem jede Abrüstung abgelehnt. Die allgemeine Abrüstungskonferenz ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

In den Minderheitenfragen ist gleichfalls kein sachlicher Erfolg erzielt worden. Auf dem Gebiete der Mandatspolitik des Völkerbundes ist lediglich ein vorläufiger Abschluß der Palästina-Aussprache und die Zusicherung der englischen Regierung zu verzeichnen, ihre Entscheidung über die Zusammenlegung des Mandatsgebietes Tanganjika mit den englischen Kronkolonien vorher dem Mandatsausschuß vorzulegen. Weiter ist nunmehr die paneuropäische Frage in Angriff genommen worden. Der ursprüngliche französische Plan hat gewisse Aenderungen erfahren. Der paneuropäische Gedanke ist in den Völkerbund eingegliedert worden.

Die Reform des Völkerbundssekretariats, die in diesem Jahre auch zum ersten Male in Angriff genommen war, ist verschoben worden.

Die Völkerbundsversammlung hat ferner den Internationalen Haager Gerichtshof in neuer erweiterter Form gebildet. Gegenüber dem bisherigen Gerichtshof tritt in der neuen Zusammensetzung der Haager Richter der Einfluß der neutralen und deutschen Rechtsauffassung stärker zurück.

Neben gewissen Teilerfolgen auf dem Gebiete der Saar- und Memelfrage sind wesentliche Fortschritte im deutschen Interesse in diesem Jahre nicht zu verzeichnen.

Krise um Briand?

Die Wünsche der „Action Francaise". — Rückkehr Poincarés. — Die Stimmung im Lande.

Paris, 4. Oktober.

Es hat Zeiten gegeben, in denen Briand auf dem Höhepunkt seiner Macht und seiner europäischen Bedeutung bei der Rückkehr aus Genf mit Hochrufen und pazifistischen Demonstrationen empfangen wurde. Diesmal haben ihn die Camelots du roi, die Anhänger der „Action francaise", mit Beleidigungen empfangen, es hat 50 Verhaftete gegeben und in den Straßen hängen Plakate, die von einer „französischen Verzichtpolitik" und einem „Revanchekrieg der deutschen Nationalisten" sprechen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819301007-16/fragment/page=0001

Die nationalistische Propaganda gegen „Verzichtpolitik" ist in Deutschland nichts unbekanntes. Und in Deutschland ist auch nicht unbekannt, daß solche Demonstrationen weniger spontane Aeußerungen der Volkserregung sind als die Wirkungen gut geleiteter Propagandaorganisationen. Hinter der nationalistischen Welle, die in dem Empfang Briands von seiner Genfer Reise ihren stärksten Ausdruck gefunden hat, stehen in der Tat Entwicklungen, die von den kühl und ruhig rechnenden Politikern eingeleitet sind.

Nicht die Vorgänge auf der letzten Völkerbundstagung, bei denen Briand ja die französischen Abrüstungs- oder richtiger Rüstungsthesen nach wie vor verteidigte, sind der Anlaß für diese Bewegung — der Anlaß ist die Vorbereitung Poincarés und der Rechten des französischen Parlaments auf die Rückkehr zur Macht.

Es handelt sich bei den innerpolitischen Vorgängen in Frankreich eigentlich bereits um die ersten Vorzeichen der Präsidentschaftswahlen. Poincaré will im Frühjahr nächsten Jahres für die Präsidentschaft kandidieren, er will vorher Briand ausschalten, und er will, um seine Kandidatur zu sichern, sobald wie möglich die Regierungsgeschäfte übernehmen.

Es scheint, daß er dabei eng mit dem jetzigen Ministerpräsidenten, dem politischen Chef Briands, Herrn Tardieu, zusammenarbeitet.

Tardieu ist seinerzeit von Poincaré für den Posten des Ministerpräsidenten empfohlen worden und schon damals erwartete man, daß er lediglich der Platzhalter für Poincaré sein werde. Der Zeitpunkt scheint jetzt gekommen, den Beweis für diese Annahme zu liefern. Das Kabinett Tardieu hat niemals im Parlament oder im Lande eine wirkliche Vertrauensgrundlage gewinnen können. Tardieu selbst dürfte wissen, daß er sich nicht mehr lange halten kann,

und so scheint er durch ein Paktieren mit Poincaré darauthinzuarbeiten, bei dem in einiger Zeit doch unvermeidlichen Regierungswechsel wenigstens das Ministerium des Innern für sich zu retten.

Er hat sich mit der einzigen öffentlichen Kundgebung, mit der er in letzter Zeit hervortrat, mit einer Rede in Alencon, der Rechten zu empfehlen gesucht, wenn er vor allem die Verdienste seines Kabinetts um die Agrarpolitik rühmte, und, während sein Außenminister sich noch in Genf befand, in recht scharfen Formulierungen für den französischen Rüstungsstand und gegen die deutschen Wahlergebnisse sprach.

Man hat diese Rede Tardieus bereits vielfach dahin ausgelegt, daß er von Briand abrücken wolle.

Ob die Schwenkung, die Poincaré und Tardieu gemeinsam vorbereiten, im Lande irgendeine Basis hat, wird freilich bezweifelt werden müssen, denn die Generalräte der französischen Departements, die alljährlich in kurzen Erklärungen zur allgemeinen Regierungspolitik Stellung nahmen, haben sich eher in umgekehrtem Sinne ausgesprochen. Der Ministerpräsident Tardieu hat in diesen Erklärungen der Generalräte nicht viel Komplimente erhalten, umso mehr dagegen der Außenminister Briand, dessen Friedenspolitik von den Generalräten immer wieder anerkannt wurde. Aber da es sich bei den ganzen Vorgängen ja um Aktionen der Politiker handelt, bei denen das Land nicht befragt werden muß, sind solche Stimmen aus der französischen Provinze für die weitere Entwicklung wohl kaum maßgebend.

Ungarisch-tschechische Grenzfragen.

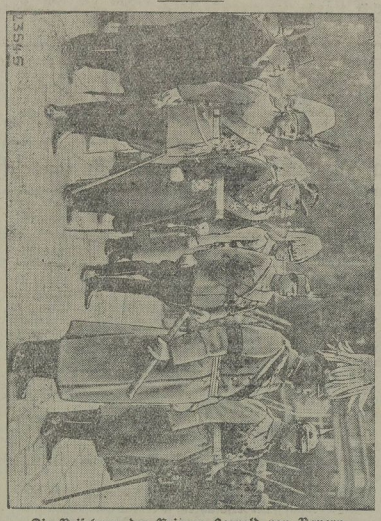
Präsident Masaryk wird desavouiert.

Budapest, 4. Oktober.

Zwischen Prag und Budapest geht ein etwas erregter Meinungsaustausch hin und her, der sich um die Grenzberichtigung zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn dreht. In dieser Frage hat Prag mit verschiedenen Erklärungen des Präsidenten Masaryk eine Initiative ergriffen, die in Budapest peinlich empfunden wird.

Die Tschechoslowakei verlangt eine Grenzberichtigung zu ihren Gunsten, und der tschechische Staatspräsident ist in dieser Frage ziemlich weit vorgestoßen, so weit, daß seine Regierung eine Abschwächung der Aeußerungen Masaryks für nötig gehalten hat.

Trotz dieses tschechischen Rückzuges fühlt man sich aber in Budapest beunruhigt und schreibt der Prager Regierung die Absicht zu, vor der öffentlichen Meinung Ungarn als den böswilligen Störer einer Auseinandersetzung hinzustellen, bei der angeblich das Recht auf der Seite der Tschechoslowakei sei. Die tschechoslowakischen Ansprüche auf Grenzregulierung werden in Budapest als unberechtigt bezeichnet, da die in Ungarn vorhandenen slowakischen Minderheiten nur in zwei Enklaven leben, die ziemlich weit von der Grenze entfernt sind, die eine in unmittelbarer Nähe von Budapest, die andere in dem Pekescher Komitat, so daß durch eine geringe Aenderung der Grenzlinie diese Minderheiten immer noch unter ungarischer Herrschaft blieben. Man glaubt daher in Budapest die tschechoslowakischen Ansprüche grundsätzlich abweisen zu sollen und erwägt diplomatische Schritte für den Fall, daß Prag weiter auf seinen Forderungen bestehe und sie so laut wie bisher verfechte.



Die Beisetzung des Prinzen Leopold von Bayern.

In München fand die Beisetzung des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern, des im 83. Jahre verstorbenen Seniors des Hauses Wittelsbach statt. Der ehemalige Kronprinz Rupprecht (rechts im Vordergrund). Neben ihm der Sohn des Verstorbenen, Prinz Conrad von Bayern.

Das Urteil in Leipzig.

Festungshaft von einem Jahr und sechs Monaten.

Leipzig, 5. Oktober.

Um 10,20 Uhr trat der Senat zur Urteilsverkündung ein. Der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, verkündete folgendes Urteil: Die Angeklagten werden wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens nach § 86 des Strafgesetzbuches je zu einer Festungshaft von einem Jahr und sechs Monaten kostenpflichtig verurteilt. Auf die erkannten Strafen werden je sechs Monate drei Wochen für Untersuchungshaft angerechnet.

Dienstentlassung gegen Schering und Ludin.

Der Angeklagte Scheringer wird von der in der Hauptverhandlung erhobenen Anklage, durch Veröffentlichung eines Zeitungsartikels ein Vergehen gegen § 92 des Militärstrafgesetzbuches begangen zu haben, freigesprochen. Gegen Scheringer und Ludin wird auf Dienstentlassung erkannt.

Die Urteilsbegründung.

Die Angeklagten Scheringer und Ludin waren unzufrieden mit gewissen Verhältnissen in der Reichswehr, im besonderen meinten sie, daß die Entwicklung im Heer zu sehr nach Links gehe, und daß hier von oben zu weich geleitet werde. Anstatt nun den vorgeschriebenen Dienstweg zu beschreiten — Scheringer hat das schon einmal getan wegen des sogenannten Zivilkleiderbefehls und war damit abgewiesen worden — fuhren die beiden Angeklagten Scheringer und Ludin nach München, traten mit drei Herren der Zentrale der NSDAP. in Verbindung und trugen ihnen ihre Schmerzen vor.

Diese Reise nach München war einmal eine Informationsreise für sie selbst über die Zwecke und Ziele der Nationalsozialistischen Partei. Die Angeklagten wollten aber auch die Münchener Herren über die Stimmung und die Ansichten der Angeklagten und gleichgesinnter Kameraden unterrichten.

Nach Scheringers Angaben wurde in München u. a. darüber gesprochen, daß bei inneren Unruhen von kommunistischer Seite eine Zusammenarbeit mit Reichswehr und den nationalen Verbänden unbedingt erforderlich sei. Obgleich den beiden Angeklagten in München gesagt war, daß sie mit keinem gewaltsamen Vorgehen der Partei rechnen könnten und obgleich sie keine Aufträge erhielten, erklärten sie sich doch bereit, zu sehen, was sie im Heer im nationalen Sinne ausrichten könnten. Sie faßten den Beschluß, mit anderen Kameraden Verbindungen aufzunehmen, die, wie sie glaubten, für ihre Pläne zu gewinnen seien.

Diese Besprechung könne nach Ansicht des Senats nicht harmloser Natur gewesen sein.

Maßgebend für diese Ansicht sind vor allem die Bekundungen des Oberleutnants Geiß, der bereits im Januar 1929 bei einem Gespräch mit Scheringer über die Verhältnisse im Heer und in der Heeresleitung die Ansichten Scheringers scharf zurückgewiesen und auf den Treueid hingewiesen hatte. Ein weiteres Moment erblickt der Gerichtshof darin, daß Ludin von seinem ehemaligen Lehrer, Hauptmann von Gilbert, im Februar 1929 auf eine Frage die Antwort erhielt, wenn er den Befehl dazu erhalte, müsse er unter allen Umständen schießen, denn der Soldat stehe unter Gehorsams- und Eidespflicht und es sei unmöglich, eins von beiden direkt oder indirekt zu verletzen. Belastend waren schließlich auch die Bekundungen des Leutnants Wolf, mit dem Scheringer einmal über die Versuche der Kommunisten gesprochen hatte, im Heer durch Zellenbildung Einfluß zu gewinnen

Der Senat sei keineswegs der Ansicht, daß die Ulmer Offiziere, insbesondere der Kommandeur Oberst Beck, etwa die Unwahrheit gesagt hätten, er sei sich aber über die Psychologie der Zeugenaussagen im klaren.

Der Vorsitzende führte sodann weiter aus, Zeugen unterlägen oft ungewollt und unbewußt gewissen Einflüssen und sagten daher in diesem oder jenem Punkt in der Hauptverhandlung anders als im Vorverfahren aus. Der Vorsitzende ging dann zur Wertung der einzelnen Zeugenaussagen über. Den Zeugen Oberleutnant Westhof habe nach dessen Aussage Scheringer aufgefordert, die Rolle eines Vertrauensmannes für die Bewegung in Mitteldeutschland zu übernehmen.

Der Zeuge Westhof habe Scheringers Pläne abgelehnt, da sie eine militärische Unmöglichkeit seien, die nicht verantwortet werden könne.

Die jüngeren Offiziere würden dadurch ins Unglück gestürzt werden. Das Gericht sei davon überzeugt, daß die Angeklagten zu Werbezwecken für ihre nationalsozialistischen Ideen herumgereist seien, wobei es sehr leicht möglich sei, daß sie nur Gutes gewollt hätten. Die Angeklagten seien sich der Strafbarkeit ihrer Handlungen bewußt gewesen und hätten das auch wiederholt zugegeben. Alle drei seien gleichmäßig zu bestrafen, wenn sich auch Wendt nicht mit gleicher Entschiedenheit betätigt habe.

Es genüge der Plan einer eventuellen Beseitigung der nach Meinung der Angeklagten nicht nationalen Regierung.

Auch nach dem Militärstrafgesetzbuch hätten sich die Angeklagten insofern vergangen, als sie gegen das Verbot der Betätigung einer Gesinnung verstoßen hätten, die auf Aenderung der verfassungsmäßigen Zustände hinausgehe.

Ihr Tun sei ein objektiv staatsgefährliches.

Berücksichtigt worden sei ihre tadellose Vergangenheit als Offiziere und die ideale Gesinnung der Angeklagten, die von glühender Vaterlandsliebe beseelt gewesen seien.

Selbstverständlich sei den Angeklagten die Ueberzeugungstäterschaft zugebilligt worden.

Zu Kundgebungen im Saale kam es nach Schluß der Urteilsverkündung nicht mehr. Den Angeklagten wurden von ihren Angehörigen Blumen überreicht. Der Reichsgerichtsplatz war durch Polizei abgesperrt. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Die Verurteilten sind bereits wieder in das Landgerichtsgefängnis überführt worden. Die Strafe wird vermutlich auf der Festung Gollnow verbüßt werden.

Metallarbeiterverhandlungen vertagt.

Geringe Aussicht auf Einigung.

Berlin, 5. Oktober.

Die vor dem Sonderschlichter für die Berliner Metallindustrie geführten Verhandlungen dauerten den ganzen Nachmittag und Abend an. In der elften Abendstunde wurde beschlossen, die Weiterverhandlung auf den 9. Oktober zu vertagen.

Der Vorsitzende begründete den Beschluß damit, daß die Anträge der Parteien auf Lohnkürzung und Arbeitszeitkürzung in ihrer Auswirkung auf die gesamte deutsche Industrie von so weittragender Bedeutung seien, daß eine Nachprüfung unbedingt geboten sei. Den Parteien wurde von dem Vorsitzenden empfohlen, bis zur Beendigung der Verhandlungen nach dem bisherigen Tarifvertrag zu verfahren, um Beunruhigungen in den Betrieben zu vermeiden.

Auf schwankem Grund.

Roman von H. Abt.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Fränze hob den ohnehin hochgetragenen Kopf noch höher. In dem „mein Herr Polier" lag etwas, das ihr nicht behagte. Was bildete er sich denn ein! Ernst war doch nicht etwa einer von seinen Arbeitern. War er erst Maurermeister geworden, dann galt er ungefähr ebensoviel, wie jetzt sein Bauherr. Und das wünschte sie diesem begreiflich zu machen, indem sie sehr von oben herab sagte:

„Leider kann uns mein Bräutigam augenblicklich nicht so viel besuchen, wie wir es beide gern möchten, da seine Vorbereitungen zum Maurermeister natürlich seine freie Zeit sehr in Anspruch nehmen."

Felix Raßmus horchte auf. Was sie nicht sagte! Also auf den Maurermeister ging der Ehrenmann hinaus. So eine Art von zukünftigem Konkurrent. Hatte er ja noch gar nicht gewußt. Und die schwarzäugige Liebste ließ er vor lauter Ehrgeiz und Pflichteifer mehr allein, als es der wünschenswert erschien. Er lächelte wohlwollend, sagte sententiös:

„Je seltener Freuden sind, desto höher steigen sie im Wert."

„Ja, das weiß Gott," sagte Fränze Diethold, und das eine ihr unbedacht entschlüpfte Wort verriet all ihrer heißen Jugend ungestillter Freudenhunger.

Raßmus antwortete nicht, aber seine Augen ruhten auf ihr wie zwei lachende Rufer zu des Lebens Freudenmahle.

Sie wurde feuerrot und wandte das Gesicht ab. So sehr also ließ sie der gewissenhafte Esel Hunger leiden. Hier schien gut vorgeackerter Boden für einen, der sich das Ernten gern leicht machte.

Eine Weile schwiegen beide. Der Wagen, der wieder flott geworden war, fuhr rasch dahin. Erst als die Straße, an der Fränze aussteigen mußte, nahe kam bezann er wieder:

„Wozu doch manchmal so ein bißchen Glatteis nicht alles nütze ist. Dem verdank' ich's nun, daß wir gut Freund mit einander geworden sind. Denn das sind wir doch?" Und er sah sie an mit einem gewissen Blick, dem so leicht keine widerstand. Aber er hatte sie doch falsch taxiert. Sie lächelte nicht zurück, wurde auch nicht wieder rot, wie er es so ungefähr erwartet; kalt und gleichgültig sah sie ihn an.

„Ich wüßte wirklich nicht, wieso wir dazu gekommen wären." Ihr Blick wandte sich der Tür zu, die der Schaffner geöffnet hatte, um die Straße abzurufen. Plötzlich setzte ihr Herzschlag aus.

Dort an der Tür stand regungslos Ernst Jansen. Nur einen Augenblick hatte sie ihn gesehen, dann hatte die Tür sich wieder geschlossen.

Fränze saß da, wie erstarrt und durch ihr Hirn schossen blitzartig die Gedanken. Die Szene, die es jetzt wieder geben würde, wenn er auch Raßmus gesehen, vielleicht gesehen hatte, wie sie miteinander gelacht — dazu kam sie heute durch den Aufenthalt während der Fahrt und eine kleine Verzögerung im Bureau eine halbe Stunde später als gewöhnlich nach Hause — was würde er sich in seiner wahnsinnigen Eifersucht wieder zusammenhantasieren — erst gestern hatte es um ein nichts wieder Streit gesetzt. Und wenn jetzt Raßmus mit ihr ausstiege, vielleicht noch eine seiner keden Bemerkungen an sie richtete — Ernst Jansen war imstande und tobte auf offener Straße los. Sie hatte ja ohnehin bemerkt, wie die Abneigung gegen seinen Bauherrn in letzter Zeit zum offenbaren Haß geworden war. Manchmal schien's ihr, als warte er nur auf eine Gelegenheit, um dem anderen irgend etwas anzutun.

Ihr Blick fuhr umher, streifte Felix Raßmus und glitt wieder von ihm ab, als sie dessen Augen auf sich gerichtet sah. Schadenfrohe Spötteraugen, die ebenso gut wie sie den draußen Stehenden und ihr tiefes Erschrecken bemerkt hatten. Eine diebische Freude prickelte in ihm. Die Geschichte begann sich zu entwickeln, kam in ein dramatisches Stadium.

Fränzes Aufregung wuchs. Jetzt wieder das verstohlene Lächeln, mit dem er sie anblickte und das für einen Mißtrauischen wie heimliches Einverständnis aussehen konnte. Sie konnte doch auch nicht zu Ernst hinaus und ihm sagen: „Er ist unverschämt." Was darauf käme, konnte sie doch nicht auf sich nehmen. Und sie mußte doch hinaus zu ihm. Wie würde er sich ihr Zögern wieder deuten. Ihre Haltestelle war ja auch gleich da. Wenn er sie wenigstens allein aussteigen ließe!

Sie wandte sich nach Felix Raßmus herum, diesmal ihm voll in die Augen schauend, im Blick ein Bitten, das ihr Mund auszusprechen sich schämte und dem der seine zuvorkam, indem er sagte:

„Scheiden tut weh. Ihnen winkten hier Ihre Haltestelle und die Arme der Liebe — ich aber fahre weiter."

Sie war schon aufgestanden, eilte auf den Hinterperron hinaus. Alles in ihr glühte. Er hatte sie durchschaut! Wie hatte er sie angesehen! Und wie stand sie vor ihm da! Wie blamiert. Wie lächerlich gemacht. Sie haßte ihn. Er war frech. Und sie haßte in diesem Augenblick Ernst Jansen, der sie dazu brachte, sich so herabzuwürdigen. Nein, sie unterschlug ihm nichts. Sie schuf sich keine Heimlichkeiten mit dem anderen. Sie hatte nichts getan, das sie zu verheimlichen brauchte.

Wie sich die Tür zum Perron zurückschob, sprang Jansen von dem noch nicht haltenden Wagen ab und stürmte zum Haus hinüber. Dort blieb er wartend stehen.

Wenn einer krank ist, sollte man da nicht Geduld mit ihm haben?" — Sie mußte plötzlich seiner Worte gedenken. Armer Kerl, ja, es war wahr, er quälte sich selber am meisten.

Mit einem guten, weichen Gefühl eilte sie zu ihm hinüber. Er stand gegen die Mauer gelehnt. Sein Gesicht war grau wie diese.

„Nun, bist du da?" fragte er, als Fränze, ihm zunickend, mit einem letzten Schritt herankam.

(Nachdruck verboten.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819301007-16/fragment/page=0002

Donnerstag, den 9. Oktober

Schweinemarkt.

Der Auftrieb beginnt um 8 Uhr.

Kemberg, den 1. Oktober 1930.

152] **Der Magistrat.**

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 6. Oktober 1930

* **Der Oktober im Volksmund.** Die meisten Bauernregeln, die den Monat Oktober betreffen, beziehen sich auf das Wetter. So heißt es: „Je rauher der Hase, desto bäider friert die Nase" oder „Ist der Weinmond warm und fein, kommt ein warmer Winter herein", ferner „Warmer Oktober, kalter Februar" und „Ist der Oktober kalt, so macht er dem Raupenfraß Halt", schließlich „Schneits im Oktober gleich, dann wird der Winter weich" Andere Bauernregeln lauten: „Sitzen die Blätter der Bäume fest, ein später Winter sich hoffen läßt", „Durch Oktobermücken laß dich nicht berücken". Der Gallustag fällt auf den 16. Oktober; von ihm heißt es „Regnets am Gallus nicht, es im Frühjahr an Regen gebricht". Auf St. Gallentag muß jeder Apfel in den Sack", „St. Gallen läßt den Schnee fallen". Der 21. Oktober ist der Ursulatag, dann „muß das Kraut hinein, sonst schneten Simon-Juda (28.) drein". Der Oktobermonat steht im Mittelpunkt des Herbstes. Die Ernte geht dem Ende entgegen. Allmählich verlieren die Bäume ihre Blätter. Schließlich aber merkt man es vor allem an den kurzen Tagen, daß der Winter nicht mehr fern ist. Die Abende werden in demselben Maße länger. Schon fängt man an, sich auf Weihnachten zu freuen, und die ersten Vorbereitungen für dieses Fest zu treffen.

* Auf Einladung der **National-Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei,** Stützpunkt Kemberg, versammelten sich am Sonnabend verschiedene Volksgenossen im Restaurant „Zur Hopfenblüte" zur Gründung einer Ortsgruppe der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Pg. Ritterbusch-Teuchel erklärte kurz die Ziele der NSDAP, worauf zur Gründung der Ortsgruppe Kemberg geschritten werden konnte. Als Mitglieder ließen sich sofort 19 Volksgenossen eintragen. Pg. Felgner wurde als Ortsgruppenführer bestimmt. Neuaufnahmen von Mitgliedern nimmt entgegen sowie Auskunft erteilt Pg. Felgner. w

* **Sport.** Am gestrigen Sonntag weilte die Fußballabteilung des hiesigen M.-T.-V. in Prettin beim dortigen Fußballklub, um gegen die 2. Mannschaft, welche allerdings mit einigen Ersatzleuten angetreten war, ein Freundschaftsspiel auszutragen. Trotz des nassen und rutschigen Bodens wurde das Spiel flott durchgeführt und sah die Kemberger dauernd überlegen. Mit einem hohen 14 : 2 (3 : 2)-Sieg konnten die Kemberger wieder ihre Heimfahrt antreten.

Bülzig, 1. Oktober. Eine einflußreiche Persönlichkeit unseres Ortes hat dem Zeppelinbau in Friedrichshafen wiederholt den Wunsch vorgetragen, der „Graf Zeppelin" möchte auf seinen Rundfahrten auch unserem Zeppelinplatz einen Besuch abstatten, da doch dieser Platz in der Geschichte des Luftschiffwesens eine besondere Bedeutung bekommen hat War es doch die Stelle, an welcher der erste Zeppelin eine gelungene Notlandung vornehmen mußte. Aus der Antwort der Luftschiffbau A.-G. geht hervor, daß diese Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind und eine gelegentliche Landung an dieser historischen Stelle in Aussicht genommen worden ist. Natürlich liegen Tag und Stunde noch nicht fest, da Wetteraussichten und allerlei andere unbekannte Ursachen die Pläne der Luftschiffleitung bestimmen. Immerhin ist damit zu rechnen, daß unserer Gegend eine angenehme Ueberraschung in Aussicht gestellt ist.

Rösa, 2. Okt. Beim Ausschneiden der Hufe einer Kuh bei einem hiesigen Landwirt schlug diese aus und warf den Sohn des Besitzers um. Dieser kam rückwärts zu Fall und streifte mit dem Messer den in der Nähe stehenden 8jährigen Sohn des hiesigen Besitzers L., der mit einigen Knaben dabei zusah. Es wurde ihm das untere Augenlid durchschnitten, daß es nach unten abfiel. Der herbeigerufene Arzt stellte auch eine Verletzung des Augapfels fest und ordnete die Ueberführung des Knaben nach der Augenklinik zu Halle an, damit die Sehkraft nicht verloren gehe. Mittels Personenauto wurde der Knabe von der Gemeindeschwester nach Halle gebracht.

Griesen. Einer der letzten Kriegsteilnehmer von 1866 wurde mit dem 87jährigen Arbeiter Wilhelm Bauermeister gestern zur letzten Ruhe bestattet. Der Kriegerverein Wörlitz gab ihm mit Fahne und Gewehrgruppe das Geleit. Donnernd hallten nach altem Soldatenbrauch die drei Ehrenschüsse über das Grab und klagend erklang die Weise des Liedes vom guten Kameraden.

Brandhorst. (Tabakversuchsfeld.) Trotzdem die hiesige Gegend ein Tabakgebiet ist, sind die Tabakfelder fast ganz verschwunden. Unter Leitung des Prof. Wimmer von der landw. Versuchsstation Bernburg werden in Horstdorf und Brandhorst (Gärtnerei Försch) je ein Versuchsfeld unterhalten. Besonders das Brandhorster zeigt gute Pflanzen und hat die Trockenperiode besser als das Horstdorfer überstanden Ob die Versuchsdurchführungen auch noch für das nächste Jahr aufrechterhalten werden können, ist sehr fraglich.

Delitzsch. Eine längere Aussprache entwickelte sich in der Stadtverordnetenversammlung über die Frage, woher die Stadtverwaltung die Mittel für die 433 ausgesteuerten Wohlfahrtserwerbslosen nehmen solle. Im Wohlfahrtsetat waren hierfür nur 61 000 RM bereitgestellt. Jetzt werden monatlich allein über 25 000 RM gebraucht, um die Unterstützungen zahlen zu können. Man beschloß, 219 000 RM nachzubewilligen. Auf die Frage, wie diese Ausgabe gedeckt werden soll, konnte weder der Magistrat noch die Versammlung Auskunft geben, nachdem die Notsteuern in der letzten Sitzung abgelehnt worden waren. Der Regierung in Merseburg ist der Etat zur zwangsweisen Festsetzung der Steuern übersandt worden.

Delitzsch. Das Disziplinarverfahren gegen Schulz. Das Disziplinarverfahren gegen Polizeikommissar Schulz, das nunmehr abgeschlossen worden ist, soll, wie verlautet, zugunsten des Kommissars ausgefallen sein.

Halle. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist im Bereiche des Arbeitsamts Halle in der Zeit vom 15. September bis 1. Oktober um zwei Prozent auf 25 828 gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist auf 16 948 zurückgegangen, dafür ist jedoch die Zahl der Ausgesteuerten entsprechend gestiegen. Auf die Stadt Halle entfallen allein 13 048 Erwerbslose und auf den Saalkreis 4934.

Protest der Leuna-Angestellten

Merseburg. Eine von über 500 Angestellten der Leuna-Werke besuchte Versammlung protestierte aufs schärfste gegen die geplanten Entlassungen, da unter den Gekündigten eine Anzahl Angestellter ist, die größere Familien haben und seit zehn Jahren I.-G.-Farbenangestellte sind. Besondere Entrüstung herrscht darüber, daß die Ammoniak-Verwaltung die Kündigungen bis zur letzten Minute geheimgehalten und den Angestelltenrat dabei völlig übergangen habe. Die Angestellten werden aufgefordert, unter Darlegung der sozialen Härten sofort Einspruch gegen die Kündigung zu erheben.

Kraftomnibus verunglückt

Neustadt (Orla). Der Kraftpostwagen Neustadt (Orla) Stadtroda ist gegen 19,30 Uhr in der Nähe der Haltestelle Meuselbacher Weg verunglückt. Nach den bisherigen Untersuchungen ist der Unfall darauf zurückzuführen, daß der Kraftwagenführer zu weit nach rechts vom Wege abgekommen ist und dann nicht mehr in der Lage war, die in den lockeren Boden eingedrungenen Räder in die richtige Fahrtrichtung zu bringen. Der Wagen ist dann die Böschung hinabgestürzt und hat sich seitlich umgelegt. Die Mehrzahl der acht Fahrgäste ist durch Glassplitter und Prellungen leicht verletzt worden. Ein zehnjähriges Mädchen wurde nach Stadtroda in ärztliche Behandlung gebracht. Die Schuldfrage wird noch geklärt.

Aschersleben. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit faßten die Stadtverordneten in nichtöffentlicher Sitzung wichtige Beschlüsse. So wurde dem Verkauf von Ackergelände an die Baugenossenschaft und der unentgeltlichen Ueberlassung weiteren Baugeländes hinter dem Schlachthof an die Mitteldeutsche Heimstätte zugestimmt. Die Heimstätte will auf dem Terrain 26 Wohnungen errichten und die Baugenossenschaft will zunächst zwölf Wohnungen bauen. Schließlich wurden für den Bau eines Kanals von der Freier Straße nach dem Hellgraben 50 000 RM aus dem Kanalerneuerungsfonds bewilligt.

Gerwisch. Schweres Motorradunglück. In der Kurve am Eingang des Ortes überschlug sich ein aus Richtung Magdeburg kommendes Motorrad Der Kaufmann Rieseler aus Magdeburg-Salbke und die Mitfahrerin, Hildegard Schröder aus Magdeburg, stürzten die Böschung hinunter und blieben bewußtlos liegen. Auf dem Transport ins Krankenhaus ist Fräulein Schröder den schweren Verletzungen erlegen.

Oebisfelde. Heizerabbau bei der Reichsbahn? Das Eisenbahnbetriebswerk beabsichtigt, infolge weiteren Rückganges des Verkehrs neun Heizer abzubauen. Die Betriebsratsvertretung hat den Leitern des Werks den Vorschlag gemacht, durch Kurzarbeit die Tagwerke einzusparen, um die neun Heizer nicht arbeitslos werden zu lassen. Sollte der Vorschlag angenommen werden, so bringt die im Betriebe beschäftigte Arbeitnehmerschaft ein Notopfer von 17 Prozent.

Der Sieversche Schulerlaß in Braunschweig aufgehoben

Braunschweig. Auf Grund einer Verfügung des braunschweigischen Ministers für Volksbildung, Dr. Franzen, ist der sogenannte Sieversche Schulerlaß vom 6. Januar 1928 mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden. Der Erlaß des vorigen Kultusministers Sievers richtet sich gegen den Charakter der braunschweigischen Gemeindeschulen und höheren Lehranstalten als Bekenntnisschulen. Der Erlaß Dr. Franzens stellt die alte Rechtslage wieder her.

Disziplinarverfahren gegen einen Pfarrer

Eisenberg. Gegen den der SPD angehörenden Pfarrer Kleinschmidt ist vom Thüringer Landeskirchenrat ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Entgegen dem Verbot des Landeskirchenrates, sich parteipolitisch zu betätigen, hat Pfarrer K. als Wahlredner für die SPD geworben und soll in einem Wahlumzug der SPD hinter der roten Fahne hermarschiert sein.

Zwangsverwaltung in Zeulenroda

Zeulenroda. Die staatliche Aufsichtsbehörde hat zur Sicherstellung einer geordneten Verwaltung den Ersten Bürgermeister Dr. Breimann als Beauftragten für Zeulenroda eingesetzt. Der Stadtrat hatte sich geweigert, dem Stadtvorstand die zur Leistung von Pflichtaufgaben, besonders auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege benötigten Mittel bereitzustellen. Dr. Breimann ordnete als erste Amtshandlung an, daß am 1. Oktober die Erhöhung der Gemeindebiersteuer in Kraft tritt.

Gera. Zwei Frauen schwer verletzt. Auf der Straße nach Ronneburg fuhr abends ein Personenauto hinter Leumnitz gegen zwei von zwei Frauen gezogene Handwagen. Die Frauen erlitten bei dem Zusammenstoß schwere Verletzungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Als Ursache wird angenommen, daß der Führer des Unglücksautos von dem nicht abgeblendeten Licht eines entgegenkommenden Kraftwagens irre gemacht worden ist.

Eisenbahnanschlag

Naumburg. Nachts entdeckte man zwischen den Bahngleisen der Strecke Naumburg—Artern bei Nebra (Unstrut) einen etwa acht Zentner schweren Mühlstein. Dies läßt darauf schließen, daß ein verbrecherischer Anschlag beabsichtigt war. Den Transport zu den Bahngleisen haben sich die Verbrecher leicht gemacht, indem sie den Stein die 60 Meter steile Straßenböschung rechts der Bahnstrecke hinabstürzten, wobei die Fernsprechleitung durchgerissen wurde.

Um die rechtzeitige Fertigstellung der Kemberger Zeitung zu ermöglichen, bitten wir alle Inserenten

Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags

aufzugeben. Größere Anzeigen erbitten wir am Tage vorher. Kemberger Zeitung

Aschersleben. Verzicht auf Aufwandsentschädigungen? An Aufwandsentschädigungen für die Stadtverordneten und besoldeten Stadträte wurden bisher jährlich 4 800 RM von der Stadt gezahlt. Der Magistrat hat jetzt angeregt, auf diese Aufwandsentschädigungen zu verzichten und das Amt wieder, wie vor dem Kriege, ehrenamtlich auszuüben.

„Graf Zeppelin" in Leipzig

Leipzig. Nachdem die für den 21. September angesagte Landungsfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin" wegen der schlechten Wetterlage hatte abgesagt werden müssen, wurde der Besuch am Sonntag Wirklichkeit, obwohl die Wetterlage wiederum nicht besonders günstig war. Um 5,20 Uhr verließ das Luftschiff unter Führung Dr. Eckeners seinen Heimatshafen. Infolge des starken Rückenwindes machte es so gute Fahrt, daß es bereits kurz nach 7 Uhr Nürnberg überflog. Ueber Hof und Pausa kam es völlig überraschend bereits vor 9 Uhr über dem Leipziger Stadtgebiet an, eine volle Stunde früher, als man erwartet hatte. Um diese Zeit war der Zustrom der Menschenmassen zum Flugplatz in Mockau, wo die Landung erfolgen sollte, noch in vollem Gange. Unübersehbare Autokaravanen — der ADAC hatte aus Anlaß der Landung eine Zielfahrt angesagt —, Straßenbahnen, Autobusse und Sonderzüge der Reichsbahn brachten die Massen trotz stürmischen und regnerischen Wetters zum Flugplatz. Die Zahl der Zuschauer läßt sich nicht annähernd schätzen. Das Luftschiff kreuzte, ehe es zur Landung schritt, eine Stunde über der Stadt und der Umgebung des Flugplatzes. Die Landung erfolgte unter den Klängen des Deutschlandliedes programmäßig um 10 Uhr. Sie gelang sofort und ging dank der vorzüglichen Leitung der von der Reichswehr gestellten Haltemannschaft vollkommen glatt vonstatten. Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Hedrich, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler und der Leiter des Flugplatzes, Hauptmann Wurtl, begrüßten Dr. Eckener beim Aussteigen, wobei das Töchterchen Dr. Goerdelers dem ruhmreichen Luftschiffführer einen Blumenstrauß überreichte.

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler gedachte zunächst mit warmen Worten ritterlichen Gedenkens der furchtbaren Katastrophe, die die englische Luftschiffahrt durch die Explosion des R 101 betroffen hat. Er wünschte dem „Graf Zeppelin" und seinen hoffentlich zahlreichen Nachfolgern allzeit glückliche Fahrt, und Dr. Eckener, dem Erben und genialen Verwalter und Mehrer des Werks des alten Grafen, weiteres glückhaftes Vorwärtsschreiten. Dr. Eckener betonte, wenn trotz des schlechten Wetters die Fahrt unternommen worden sei, so sei dies geschehen, um zu zeigen, wie sehr der Luftschiffbau Zeppelin sich mit der Leipziger Bevölkerung verbunden fühle, die von jeher das Werk Zeppelins gefördert habe. Er sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß, **wenn einmal der Luftverkehr mit Luftschiffen organisiert sei, auch Leipzig in das Luftschiff-Verkehrsnetz einbezogen werde.** Sodann bat Oberbürgermeister Dr. Goerdeler Dr. Eckener, der Ehrengast der Stadt Leipzig bleibt, aus einem alten Becher einen Willkommenstrunk.

Inzwischen war der Passagierwechsel vollzogen worden. Die Zahl der Passagiere, die von Friedrichshafen aus 27 betrugen hatte, erhöhte sich für die Weiterfahrt auf 32. Auch der letzte militärische Kommandant des Flughafens Mockau, Walter Koch, befand sich unter den neuen Passagieren. Um 10,24 Uhr stieg das Luftschiff wieder auf. Nach weiterem mehr als halbstündigem Kreuzen verschwand es gegen elf Uhr in Richtung auf Görlitz.

„Graf Zeppelin" in Görlitz

Görlitz. Aus Richtung Bautzen kommend wurde das Luftschiff um 1,40 Uhr in Görlitz gesichtet. Gegen 2 Uhr erschien es über dem Flugplatz und um 2,15 Uhr war es verankert. Oberbürgermeister Dr. Wiesner und Stadtrat Fieberg begrüßten die Führergondel und begrüßten den Führer des Luftschiffts, Kapitän Lehmann, der von Kapitän Flemming begleitet war. Oberbürgermeister Dr. Wiesner, der als Passagier die Fahrt nach Friedrichshafen mitmacht, hieß Kapitän Lehmann im Namen der Stadt herzlich willkommen und wünschte ihm weiterhin glückliche Fahrt. Nach ungefähr anderthalbstündigem Aufenthalt stieg das Luftschiff um 2,50 Uhr wieder auf und kreuzte etwa eine Stunde über der Stadt, um gegen 4 Uhr nachmittags das Stadtgebiet zu verlassen. Die Rückfahrt ist zunächst noch unbestimmt. Sie wird wahrscheinlich über Wien—Budapest eingeschlagen werden, doch hängt dies ausschließlich von der Wetterlage ab. Das Luftschiff wird voraussichtlich die Nacht durchfahren und erst Montagfrüh in Friedrichshafen landen. Der Empfang des Luftschiffs auf dem Görlitzer Flugplatz, der von etwa 100 000 Zuschauern umrahmt war, war äußerst herzlich. Der gesamten Besatzung wurden Präsentkörbe überreicht.

Europaflug der „G 38"

Dessau. Das größte deutsche Landflugzeug, die Junkers „G 38", wird nach der erfolgten Genehmigung durch das Reichsverkehrsministerium Sonnabend früh um 8 Uhr einen Europaflug unternehmen, bei dem fünzehn Staaten besucht werden. Die erste Etappe führt über Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest, Konstantinopel, Salonikі, Athen nach Rom. Der weitere Flug dürfte die Mittelmeerküste entlang gehen. Führer des Flugzeuges sind die Flugkapitäne Zimmermann von den Junkerswerken und Brauer von der Deutschen Lufthansa.

Luftschiff R 101 vernichtet

Abgestürzt und explodiert — 50 Tote

Paris, 6. Oktober.

Das englische Luftschiff R 101, das Sonnabendabend um 7,50 Uhr in Cardington zur Indienfahrt startete, ist Sonntagfrüh gegen 2,30 Uhr bei Beauvais, etwa 60 Kilometer nordwestlich von Paris, explodiert. Von den 58 Teilnehmern der Fahrt sind 50 verbrannt, darunter der englische Luftfahrtminister Lord Thomson. Die acht Ueberlebenden wurden mit schweren Brandwunden nach Beauvais ins Krankenhaus gebracht.

Im Augenblick der Katastrophe flog R 101 nur hundert Meter über der Erde gegen eine schwere Regenböe. Von dieser wurde das Luftschiff gegen den Erdboden geschleudert und explodierte.

Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landeskirche

Dienstag abends 8 Uhr im **Bürgersaal** **Bibelstunde**

Prediger Westermann-Wittenberg.

Hierzu wird herzlichst eingeladen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819301007-16/fragment/page=0003

Manche freie Stunde verschafft Ihnen IMI!

Wenn Sie IMI zum Geschirrspülen, zum Aufwaschen und Reinigen nehmen, haben Sie es viel leichter und sind viel schneller fertig. IMI rückt allem Schmutz und Fett energisch zu Leibe. Messer, Gabeln und Löffel, Teller und Schüsseln, Töpfe und Pfannen, kurz alles Geschirr säubert IMI im Augenblick.

Auch beim Putzen von Steinfliesen, Wandsockeln, Badewannen und Spülbecken bewährt sich IMI vortrefflich.

IMI spart Ihnen soviel Mühe und Arbeit, daß es rückständig wäre, es nicht zu benutzen. Es kostet doch nur 25 Pfennige und ist außerordentlich ergiebig.

IMI

Henkel's Aufwasch- Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

Konzert des Berliner Ert-Jugendchors

Chormeister: Gymnasial-Musiklehrer Alfred Göpel.

Am Donnerstag, den 9. Oktober, abends 20 Uhr gibt der oben bezeichnete Jugendchor, bestehend aus 35 Mädchen und 20 Knaben ein einmaliges

Gesangs-Konzert

im **Hotel „Zum blauen Hecht".**

Wie bereits in der Voranzeige bemerkt, geht dem Chor ein guter Ruf voran. Die Kritik fast aller größeren Städte Deutschlands lobt die künstlerischen Leistungen der jugendlichen Sänger. Ueberall ist bei der Abreise der Wunsch zum Ausdruck gebracht, der Jugendchor muß wieder kommen.

Wir laden alle Freunde des Gesanges aus Stadt und Land zu diesem Konzert herzlichst ein.

Eintrittspreis: nummeriert **0,80 Mk.**, unnummeriert **0,60 Mk.** Kinderkarten zum halben Preis **nur** an der Abendkasse. Vollständige Programme (Texte) im Vorverkauf 10 Pfg.

„Der niedrige Eintrittspreis sei kein Maßstab für die Güte des Chores, sondern er soll recht vielen Einwohnern den Kunstgenuß durch Kinderstimmen geboten, ermöglichen."

Eintrittskarten im Vorverkauf bei Herrn Kaufmann Pfeil (rechts), Huhn (mitte), Wildau (links). Alles Nähere durch Aushänge in den Geschäftshäusern.

Wir bitten, sich schnellstens Eintrittskarten im Vorverkauf zu sichern und laden nochmals freundlichst ein.

Der Kantorei-Männergesangverein.

Kolbe. Pade. Schulze. Herrmann. Klewitz. Schröter. Müller.

Rauchen höflichst verbeten.

Noch ist es Zeit,

die guten

Bourzutschky-Marmeladen

zu stark herabgesetzten Preisen in den Edeka-Geschäften einzukaufen.

	25 Pfund		10 Pfund		5 Pfund		2 Pfund		1 Pfd.-Gläser	
	sonst	jetzt	sonst	jetzt	sonst	jetzt	sonst	jetzt	sonst	jetzt
	Rm	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.	Rm.
Vierfrucht-Marmelade	12,25	9,75	5,50	4,20	3,—	2,30	1,25	0,98	0,75	0,60
Himbeer o. K. „	24,—	19,50	10,—	8,10	5,50	4,25	2,25	1,76	1,30	1,02
Joh. „ „ „ „	18,—	14,50	7,50	6,10	4,50	3,25	1,75	1,36	1,10	0,82
Joh. „ Gelee	18,—	15,—	8,—	6,30	4,50	3,25	1,75	1,40	1,05	0,84
Apfel-Gelee	13,50	11,25	6,—	4,80	3,50	2,60	1,50	1,10	0,85	0,69
Orange-Konf.	16,50	13,75	7,50	5,80	4,—	3,10	1,75	1,30	1,—	0,79
Ananas- „	27,50	22,—	11,50	9,10	6,—	4,75	—	—	1,40	1,12
Erdbeer „ gz. Fr.	22,50	18,25	9,50	7,60	5,—	4,—	2,25	1,66	1,25	0,97
Himbeer-Konf.	21,50	17,50	9,50	7,30	5,—	3,85	2,—	1,60	1,20	0,94
Aprikose- „ ½ Fr.	18,—	14,50	7,50	6,10	4,—	3,25	1,75	1,36	1,10	0,82
Kirschen stück	18,—	14,50	7,50	6,10	4,—	3,25	1,75	1,36	1,10	0,82
Pflaumen „	14,50	11,50	6,50	4,90	3,50	2,65	1,50	1,12	0,90	0,70

C. G. Pfeil J. G. Glaubig Rudolf Huhn

Empfehle prima

Rind- und Hammelfleisch u. frische Flecke

Rich. Krausemann Nachf.
Inh.: Heinrich Schneider.

Auch Sie

müssen unbedingt einen Versuch mit meiner

10 Pfg. Sandblatt Zigarre gemacht haben.

Sehen Sie sich bitte mein Spezial-Schaufenster an

J. G. Glaubig

D-Rad

(Modell 1924)
mit **Boschlicht** u. **Tachometer** billig zu verkaufen
Burgstraße 8

Wollen Sie Geld sparen?

dann versuchen Sie meine beiden **guten**

Margarine-Sorten

Pfund 55 ₰ und 60 ₰
und meine **hervorragende**

Qualitätsmargarine

lose, Pfund **nur** 90 ₰
Ein Versuch führt zum dauernden Kauf bei **J. G. Glaubig**

Alle

Unterhaltungs-, Mode-, Fach- und Rundfunk-

Zeitschriften

liefert zu **Originalpreisen** und erbittet Bestellung

Richard Arnold
Buch- und Papierhandlung **Leipzigerstr. 64/65**

Neue Deutsche Erzähler

Eine kostbare Auslese aus dem Schaffen moderner deutscher Schriftsteller.

Th. Mann, Hauptmann, Hofmannsthal, Huch, Klabund, H. Mann :-: Neumann, Ponten, Salten, Meyrink, Schickele, Schaeffer :-: Brod, Döblin, B. Frank, L. Frank, Eulenberg, Erbschmid :-: Wassermann, Zweig, Werfel, Zuckmayer, Thieß, Ulitz u. a.

4 Bände, jeder Band 400—500 Seiten in Ganzleinen gebunden nur Mk. **2,85**

Tiere um uns

Geschichten und Schilderungen deutscher Dichter, Forscher und Tierfreunde.

Beiträge von Hagenbeck, Heck, Wassermann, Hauptmann, Keller, Presber, Ganghofer, Löns, Bonfals, Mann, Filchner, Eulenberg, Zeil, Bartsch, Berger, Hochstetter, Bloem, Schnitzler, Zweig u. a.

480 Seiten, mit vielen Abbildungen, in Ganzleinen gebunden, nur Mk. **4,80**

Richard Arnold, Buchhandlung, Kemberg
Leipziger Straße 64/65

Stadtkoffer
empfiehlt **Richard Arnold.**

Krieger-Verein
Dienstag, den 7. Oktober, abds. ½9 Uhr im Palmbaum

Versammlung

Vollzähliges Erscheinen der Kameraden ist sehr erwünscht.

Der Vorstand.

Vaterländ. Frauenverein
Dienstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr im Palmbaum

Versammlung

Beiträge und Karten mitbringen.
Frau Archidiakonus Schulze

Haus- u. Grundbesitzer-Verein e. V.
Am **Dienstag,** den **7. Oktober,** abends 8 Uhr im Schützenhaus

Versammlung

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben

Der Vorstand

Kupfervitriol Germisan
empfiehlt **J. G. Glaubig**

Speisekartoffeln
verkauft
Reinh. Strensch, Töpferstr. 13

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Verstorbenen sagen wir allen für die zahlreichen Kranzspenden und für das Geleit zur letzten Ruhestätte unseren herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir Herrn Propst Bertram für seine Trostesworte, Herrn Konrektor Pade nebst Schulkindern für den erhebenden Gesang, sowie dem Montags-, Dienstags- und Mittwoch-Kegelklub für die Blumenspende.

Kemberg, den 6. Oktober 1930.

Luise Noack und Tochter.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr 203.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819301007-16/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich **dreimal:** Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — **Bezugspreis:** Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / **Beilagengebühr:** 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 117 — **Dienstag, den 7. Oktober 1930** — **32. Jahrg.**

Steuern.

Die für den Monat **Oktober** fälligen **Grundvermögensteuern** (Grund- und Gebäudesteuern), der **staatliche Zuschlag** für den bebauten Besitz, die **Hauszins-** und **Stadtsteuern, Handwerkskammerbeiträge für 1929,** sowie die noch **restlichen Landwirtschaftskammerbeiträge für 1930** sind bis **Donnerstag,** den **16. Oktober,** bei unserer Kämmerei einzuzahlen.

Für alle nach dem **16. Oktober** eingehenden Beträge müssen **10 v. H. Verzugszinsen** erhoben werden.

Kemberg, den 6. Oktober 1930.

154] **Der Magistrat.**

Die Kanzlerbesprechungen.

Die Fraktionen vor der Entscheidung. — Was wird bei einem Mißtrauensvotum? — Vorlegung des Etats schon Mitte Oktober. — Zunehmender Optimismus.

Der Reichskanzler hat seine Besprechungen mit den Vertretern der Parteien fortgesetzt, und zwar empfing er zunächst Dr. Gereke und Doebrich für die Landvolkpartei, dann für die Staatspartei Dr. August Weber und Staatssekretär a. D. Oskar Meyer. Morgen werden sich die Besprechungen mit Dr. Scholz und voraussichtlich auch mit Geheimrat Hugenberg und Dr. Frick anschließen. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, verweisen die Parteiführer darauf, daß sie natürlich ihre Fraktionen befragen müßten, die fast alle in den nächsten Tagen zusammentreten, so daß sich bis zum Beginn des Reichstages am übernächsten Montag ein Ueberblick über die Haltung der Parteien gewinnen lassen wird.

Der Kanzler hat jedenfalls nicht die Absicht, die Dinge allzu lange hinzuziehen, zumal es in der Natur des Sanierungsprogrammes liegt, daß sobald wie möglich Klarheit geschaffen werden muß. Das ist auch deshalb notwendig, weil sicher damit gerechnet wird, daß die Kommunisten gleich in der ersten Sitzung des Reichstages ein Mißtrauensvotum einbringen, über das geschäftsordnungsmäßig am folgenden Tage beraten bzw. abgestimmt werden müßte.

In politischen Kreisen glaubt man nicht, daß die Sozialdemokraten ein solches Mißtrauensvotum unterstützen würden, rechnet vielmehr mit der Möglichkeit der Annahme eines Gegenantrages, über alle anderen Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Auch in der Sozialdemokratie ist man sich des Ernstes der Verantwortung bewußt, die die gegenwärtige Notlage des Reiches allen staatserhaltenden Kräften auferlegt. Deshalb hofft man ferner, daß die Sozialdemokraten dem Kabinett die Ermächtigung für den Ueberbrückungskredit nicht verweigern werden, die es gleich zu Beginn der Reichstagsarbeiten verlangen wird. Die Kritik der Sozialdemokraten richtet sich in erster Linie gegen andere Dinge, namentlich gegen die sozialen Punkte des Sanierungsprogramms, so zum Beispiel gegen die Maßnahmen, die auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft geplant sind.

Im ganzen muß man feststellen, daß die Ausichten der parlamentarischen Erledigung in den letzten vierundzwanzig Stunden eher optimistischer beurteilt werden. Wie weit dieser Optimismus recht behält, muß man abwarten.

Sitzung des Reichskabinetts.

Curtius' Bericht über Genf.

Berlin, 5. Oktober.

Reichsaußenminister Dr. Curtius erstattete dem Reichskabinett eingehenden Bericht über die Genfer Völkerbundsversammlung. Reichskanzler Dr. Brüning sprach dem Reichsaußenminister und der ganzen deutschen Delegation den Dank der Reichsregierung für die diesmal unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen geleistete Arbeit aus. Eine sachliche Aussprache über das erstattete Referat wird im Laufe der nächsten Woche im Reichskabinett erfolgen.

Alsdann trat das Reichskabinett in eine politische Aussprache ein, in der der Reichskanzler über seine Besprechungen mit den Parteiführern berichtete; Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Entwicklung der Lage

Nach der sozialdemokratischen Fraktionssitzung.

Berlin, 5. Oktober.

Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Parteien nähern sich ihrem Ende. Inzwischen hat bereits die Reihe der Fraktionssitzungen begonnen, so daß man in politischen Kreisen bis Mitte der kommenden Woche auf eine gewisse Klärung der Situation rechnet. Sie ist durch die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion bereits wesentlich gefördert worden.

Von unterrichteter Seite erfahren wir über die Stimmung, die in dieser Sitzung zum Ausdruck kam, daß man nicht daran denkt, gleich nach Zusammentritt des Reichstages an einem Sturz der Regierung mitzuwirken. Man geht dabei offenbar von dem Gedanken aus, daß angesichts der augenblicklichen Unmöglichkeit, eine parlamentarische Mehrheit für irgendeine andere Regierung herbeizuführen, niemand weiß, was auf eine Regierung Brüning folgen würde.

Die Sozialdemokratie wird also zwar die Aufhebung gewisser Bestimmungen der Notverordnung fordern, damit sind aber auch bereits Verhandlungsbrücken gebaut, und so wird dann die Entschließung im ganzen dahin interpretiert, daß sie die Möglichkeit zu einer Tolerierung des Kabinetts durch die Sozialdemokratie wenigstens für die erste Zeit biete.

Die Frage wird nun sein, ob die Sozialdemokratie auch damit einverstanden ist, daß der Reichstag sehr schnell wieder vertagt wird.

Der Reichstag wird nach Erledigung der geschäftsordnungsmäßigen Dinge erst an die eigentlichen Aufgaben herangehen können und dabei vor allem die Ermächtigung für den Ueberbrückungskredit und das sicher zu erwartende Mißtrauensvotum zu erledigen haben.

Wenn es dann noch gelingt, eine Einigung über die Notverordnung herbeizuführen, so würde schätzungsweise gegen Ende der ersten Parlamentswoche die Frage der Vertagung akut werden.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß auch hierüber in den Unterhaltungen des Kanzlers mit den Fraktionsführern bereits gesprochen worden ist. Es wird darauf ankommen, ob die Sozialdemokraten oder wenigstens der größte Teil ihrer Fraktion für die Vertagung zu gewinnen sind.

[illegible] Dietrich habe in Uebereinstimmung mit seinen Kollegen den unerschütterlichen Glauben an die Notwendigkeit der Durchführung dieser Maßnahmen des Regierungsprogramms und an den gesunden Menschenverstand des deutschen Volkes und lehne es ab, überhaupt die Möglichkeit zu erwägen, daß das Programm keine Mehrheit im Reichstag finde.

Der Minister dementierte die Meldung, daß die Gewährung des Ueberbrückungskredites von der vorherigen Annahme des Brüningschen Sanierungsprogramms im Reichstag abhängig gemacht worden sei

Gehaltskürzung mit einfacher Mehrheit.

Die Rechtslage.

Berlin, 5. Oktober.

Im Hinblick auf die vorgesehene Kürzung der Beamtengehälter wird innerhalb der Reichsregierung der Standpunkt vertreten, daß diese Gehaltskürzung durch ein einfaches Gesetz vorgenommen werden kann. In dem geltenden Reichsbesoldungsgesetz findet sich die Klausel, daß die in diesem Gesetz bestimmten Bezüge durch ein (einfaches) Gesetz „geändert", d. h. herabgesetzt werden können.

Da seinerzeit das Reichsbesoldungsgesetz eine verfassungsändernde Mehrheit gefunden hat, wird man diese Klausel als rechtsgültig ansprechen müssen, auch wenn man auf dem Standpunkte steht, daß sie an sich dem Artikel 129 der Reichsverfassung, d. h. der Garantie der wohlerworbenen Rechte widerspricht, weil sie die Entstehung wohlerworbener Rechte überhaupt vereiteln will.

Diese Rechtsgültigkeit des Vorbehalts im Reichsbesoldungsgesetz wird nämlich nicht dadurch beeinträchtigt, daß die Annahme mit verfassungsändernder Mehrheit in der sogenannten Verkündungsformel des Gesetzes nicht zum Ausdruck kommt. Denn nach durchaus herrschender Auffassung ist dieser Hinweis in der Verkündungsformel des Gesetzes nicht erforderlich.

Für die Reichs- und Reichspostbeamten

ergibt sich demnach, daß eine Gehaltskürzung durch einfaches Reichsgesetz rechtlich nicht beanstandet werden kann. Stellt man sich auf den Standpunkt, daß der Artikel 48 Verordnungen mit jedem beliebigen Inhalt ganz nach Ermessen des Reichspräsidenten zuläßt, so wird man für die Reichs- und Reichspostbeamten auch die Möglichkeit einer Gehaltskürzung im Wege der Verordnung des Reichspräsidenten anerkennen müssen.

Die Rechtslage für die Reichsbahnbeamten

ist allerdings schon schwieriger, weil die Reichsbahn zwar zur Angleichung ihrer Besoldung an die Reichsbesoldungsordnung verpflichtet ist, aber natürlich nicht wie die Reichsgesetzgeber eine Verfassungsänderung vornehmen könnte, und weil infolgedessen die Klausel der Reichsbahnbesoldungsordnung, die eine jederzeitige Herabsetzung der Reichsbahnbeamtengehälter zulassen soll, in ihrer Rechtsgültigkeit schon sehr bestritten ist. Dieses Problem ergibt sich erst recht bei den

Länder- und Kommunalbeamten.

Deren Besoldungsordnungen beruhen nicht auf einen zufällig mit verfassungsändernder Mehrheit angenommenen Reichsgesetz. Sie gewähren also den Beamten wohlerworbene Rechte, die durch Artikel 129 der Reichsverfassung geschützt sind. Dabei ist sehr fraglich, ob die Klausel „jederzeitige Herabsetzung vorbehalten", die sich in den Besoldungsordnungen der meisten Länder und auch der Kommunen findet und nicht wie im Reich auf einen reichsverfassungsändernden Gesetze beruht, in den Besoldungsordnungen der Länder und Gemeinden überhaupt zulässig ist. Das Obergericht Danzig und das Oberste Landesgericht Bayerns haben diese Frage bereits verneint. Ein Urteil des Reichsgerichts liegt allerdings noch nicht vor.

Viele Reden — Kleine Erfolge.

Die Ergebnisse der gegenwärtigen Völkerbundsversammlung.

Genf, 4. Oktober.

Die jetzt kurz vor dem Abschluß stehende 11. Vollversammlung des Völkerbundes hat in diesen Tagen eine Fülle von großen politischen Verhandlungen gebracht.

Im Vordergrunde standen die Bahnschutzfrage im Saargebiet, die Memelbeschwerde, die große Aussprache über die Abrüstungs- und Minderheitenpolitik des Völkerbundes, die oberschlesischen Minderheitenbeschwerden, die paneuropäische Frage, die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bekämpfung der Agrarkreise und die Mandatsfragen und die Reform des Völkerbundssekretariats. In der Saarfrage ist ein Teilerfolg erzielt worden. Zu den dringlichen Forderungen des Memelgebietes hat die litauische Regierung Zusicherungen abgegeben, deren Erfolg noch aussteht.

In einigen oberschlesischen Minderheitsfragen ist eine Einigung mit der polnischen Regierung zustande gekommen. Die Hauptbeschwerde des Deutschtums in Polen wegen der Enteignung des deutschen Grundbesitzes mußte jedoch infolge der Taktik der polnischen Regierung wiederum verschoben werden.

Auf dem Gebiete der Abrüstung ist kein Fortschritt erzielt worden. Frankreich hat von neuem jede Abrüstung abgelehnt. Die allgemeine Abrüstungskonferenz ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

In den Minderheitenfragen ist gleichfalls kein sachlicher Erfolg erzielt worden. Auf dem Gebiete der Mandatspolitik des Völkerbundes ist lediglich ein vorläufiger Abschluß der Palästina-Aussprache und die Zusicherung der englischen Regierung zu verzeichnen, ihre Entscheidung über die Zusammenlegung des Mandatsgebietes Tanganjika mit den englischen Kronkolonien vorher dem Mandatsausschuß vorzulegen. Weiter ist nunmehr die paneuropäische Frage in Angriff genommen worden. Der ursprüngliche französische Plan hat gewisse Aenderungen erfahren. Der paneuropäische Gedanke ist in den Völkerbund eingegliedert worden.

Die Reform des Völkerbundssekretariats, die in diesem Jahre auch zum ersten Male in Angriff genommen war, ist verschoben worden.

Die Völkerbundsversammlung hat ferner den Internationalen Haager Gerichtshof in neuer erweiterter Form gebildet. Gegenüber dem bisherigen Gerichtshof tritt in der neuen Zusammensetzung der Haager Richter der Einfluß der neutralen und deutschen Rechtsauffassung stärker zurück.

Neben gewissen Teilerfolgen auf dem Gebiete der Saar- und Memelfrage sind wesentliche Fortschritte im deutschen Interesse in diesem Jahre nicht zu verzeichnen.

Krise um Briand?

Die Wünsche der „Action Francaise". — Rückkehr Poincarés. — Die Stimmung im Lande.

Paris, 4. Oktober.

Es hat Zeiten gegeben, in denen Briand auf dem Höhepunkt seiner Macht und seiner europäischen Bedeutung bei der Rückkehr aus Genf mit Hochrufen und pazifistischen Demonstrationen empfangen wurde. Diesmal haben ihn die Camelots du roi, die Anhänger der „Action francaise", mit Beleidigungen empfangen, es hat 50 Verhaftete gegeben und in den Straßen hängen Plakate, die von einer „französischen Verzichtpolitik" und einem „Revanchekrieg der deutschen Nationalisten" sprechen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819301007-16/fragment/page=0005